

40. Sitzung Leg.-Periode 2011/2016
Homberg, den 23. Juli 2015
Beginn: 19:00 Uhr

Niederschrift
über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 23. Juli 2015
im Haus des Gastes, Spitzenweg 7, 34576 Homberg (Efze)-Hülsa

Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx eröffnet die Sitzung, begrüßt die Damen und Herren Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats mit Bürgermeister Dr. Ritz an der Spitze, Herrn Stadtältesten Krause, Herrn Ortsvorsteher Freund, die Zuhörer sowie Frau Yüce von der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen und Herrn Klagholz vom Homberger Anzeiger.

Er stellt fest, dass Einwendungen gegen Form, Frist und Inhalt der Einladung nicht erhoben werden, und dass zur Zeit 31 Stadtverordnete im Saal anwesend sind, darunter zehn Stadtverordnete von der SPD, elf Stadtverordnete von der CDU, fünf Stadtverordnete von der FWG, drei Stadtverordnete von der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, ein Stadtverordneter von der FDP sowie Herr Stadtverordneter Schnappauf.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Nachträglich gratuliert er allen Stadtverordneten, Stadträten und weiteren Personen, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Anwesend von der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Axel Althaus	CDU	Herr Wolfgang Knorr	CDU
Herr Axel Becker	CDU	Herr Günther Koch	FWG
Herr Klaus Bölling	GRÜNE	Frau Edith Köhler	SPD
Herr Peter Dewald	CDU	Herr Reiner Krannich	CDU
Herr Reinhard Fröde	CDU	Herr Christian Marx	SPD
Herr Ulrich Fröhlich-Abrecht	CDU	Herr Heinz Marx	SPD
Herr Stefan Gerlach	SPD	Frau Sandra Melchior	SPD
Herr Dietmar Groß	FWG	Herr Joachim Pauli	CDU
Herr Dietrich Habbishaw	GRÜNE	Frau Nadine Potstawa	CDU
Herr Bruno Hassenpflug	SPD	Herr Delf Schnappauf	
Herr Sascha Henschke-Meyl	FWG	Herr Eckbert Siebert	FWG
Herr Hilmar Höse	GRÜNE	Frau Claudia Ulrich	CDU
Herr Achim Jäger	FWG	Herr Wilfried Vaupel	SPD
Herr Konrad Jäger	CDU	Frau Barbara von Gimborn	SPD
Herr Holger Jütte	FDP	Frau Karin Wilhelm	SPD
Frau Ursula Jungermann	SPD		

Anwesend vom Magistrat:

Herr Bürgermeister Dr. Nico Ritz
Herr Stadtrat Joachim Eisenberg
Herr Erster Stadtrat Gerhard Fröde
Frau Stadträtin Christa Gerlach
Herr Stadtrat Dr. Rolf Hennighausen

Herr Stadtrat Hermann Klante
Herr Stadtrat Jürgen Monstadt
Frau Stadträtin Ulrike Otto
Herr Stadtrat Karl Weiß

Zuhörer: 33

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx den Antrag des Haupt- und Finanzausschusses, den Sachverhalt „Schlussbericht des Hessischen Rechnungshofs zur 177. Vergleichenden Prüfung“, Tagesordnungspunkt Nr. 5, von der Tagesordnung abzusetzen.

Abstimmung: Bei 31 anwesenden Stadtverordneten 31 Ja-Stimmen.

Weiterhin teilt er mit, es ist deutlich geworden, dass im Sachverhalt des Tagesordnungspunktes Nr. 10, „Aufhebung einer Veränderungssperre“, noch Beratungsbedarf besteht. Er empfiehlt deshalb, den Sachverhalt von der Tagesordnung abzusetzen und in der nächsten Sitzung zu beraten.

Abstimmung: Bei 31 anwesenden Stadtverordneten 24 Ja-Stimmen, zwei Nein-Stimmen und fünf Enthaltungen.

Die Tageordnung ändert sich entsprechend.

Anschließend bittet Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx, bei den Debatten die Wortwahl sorgfältig abzuwägen.

**VERLAUF UND ERGEBNIS DER BERATUNGEN
ZU DEN EINZELNEN TAGESORDNUNGSPUNKTEN:**

Zu Punkt 1:

Gegenstand: **Bericht des Stadtbrandinspektors**

Der Bericht wird durch Herrn Stadtbrandinspektor Jörg Rohde gegeben und ist dem Protokoll beigefügt.

Zu Punkt 2:

Gegenstand: **Stadtumbau Projekt Schirnen am nördlichen Marktplatz;**
hier: Vorstellung einer Planung für eine mögliche Nutzung der Schirnen im Rahmen des Städtebauförderprogramms Stadtumbau West

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die vorgestellte Planung des Herrn Architekten Gerlach, für die beiden Schirnen am nördlichen Marktplatz, zur Kenntnis.

Zu Punkt 3:**Gegenstand:****Jahresabschluss 2011**

- 1) **Beratung und Beschlussfassung über den vom Rechnungsprüfungsamt des Schwalm-Eder-Kreises geprüften Jahresabschluss 2011 und Entscheidung über die Entlastung des Magistrats nach § 114 Absatz 1 HGO**
- 2) **Vorlage und Kenntnisnahme, dass der Magistrat Haushaltsüberschreitungen im Ergebnishaushalt genehmigt hat**

Frau Ausschussvorsitzende Wilhelm trägt die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vor.

Nach Meinung Herrn Dewalda wird als Gesamtergebnis der Prüfung festgestellt, dass sich keine unausgeräumten Prüfungsfeststellungen zum Jahresabschluss ergeben haben.

Damit und mit der Qualität der geleisteten Arbeit könne man zufrieden sein. Er dankt den zuständigen Mitarbeitern der Stadtverwaltung dafür.

Zu Punkt 4.3 „Grundsätzliche Feststellungen“ erinnert er daran, dass die CDU bereits am 5. März diesen Jahres einen Antrag zum Thema „Internes Kontrollsysteem“ eingebracht habe. Gleichzeitig hat er festgestellt, dass der an den Magistrat gerichtete Antrag bis zum heutigen Tage nicht behandelt wurde. Er ist der Meinung, dass eine Konkretisierung derzeit vorhandener Unterlagen erforderlich ist.

Anschließend gibt er einige Anregungen, z. B. Verbesserung der Einnahme- und Ausgabesituation. Bei Investitionen müsse insbesondere auf die Folgekosten geachtet werden.

Die Wahrnehmung von Aufgaben müsse immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden, um mögliche Einsparpotentiale zu nutzen.

Trotzdem meint er, man solle mit Mut und Zuversicht und dem nötigen Weitblick Entscheidungen zum Wohle der Stadt treffen.

Die CDU-Fraktion wird der Jahresrechnung sowie der Entlastungserteilung zustimmen.

Herr Fraktionsvorsitzender Jäger stellt fest, der Jahresabschluss 2011 hätte bereits zum 30. April 2012 vorliegen müssen. 2012 habe die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dass die Jahresabschlüsse innerhalb der gesetzlichen Fristen vorzulegen sind. Auch der Landesrechnungshof habe festgestellt, dass Homberg (Efze) dem nicht nachkomme.

Nur aktuelle Zahlen können die Grundlage von Entscheidungen sein.

Die FWG-Fraktion fordert schnellstmögliche Informationen zu den Jahresabschlüssen 2012 bis 2014.

Er bemängelt, dass in der Bilanz Vermögensgegenstände der Hessischen Landesgesellschaft nicht enthalten sind, obwohl sie nach den Vorgaben der Stadt wirtschaftete.

Er fordert, dass die Angaben im Jahresabschluss 2012 enthalten sind.

Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Jahresabschluss 2011 nach § 113 HGO und die Entlastung des Magistrats nach § 114 Absatz 1 HGO.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die durch das Rechnungsprüfungsamt festgestellten und vom Magistrat genehmigten Haushaltsüberschreitungen von 12.492,83 € zur Kenntnis.

Abstimmung: Bei 31 anwesenden Stadtverordneten 22 Ja-Stimmen, fünf Nein-Stimmen und vier Enthaltungen.

Zu Punkt 4:

Gegenstand: **Mittelübertragung von Resten aus den Investitionen „Lizenzierung für Programme“ (1020600801) und „Erweiterung und Ersatzbeschaffung EDV-Anlage“ (1020600901) aus dem Jahr 2014 in das Jahr 2015 zur Anschaffung und Finanzierung eines Vollstreckungsprogrammes für die Stadtkasse Homberg (Efze)**

Die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses trägt Frau Ausschussvorsitzende Wilhelm vor.

Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Mittelübertragung von 2014 nach 2015 von 12.000,00 €, für die Anschaffung eines Vollstreckungsmoduls in der Stadtkasse Homberg (Efze), zu genehmigen.

Abstimmung: Bei 31 anwesenden Stadtverordneten 30 Ja-Stimmen und eine Enthaltung.

Zu Punkt 5:

Gegenstand: **Einrichtung einer Naturnahen Kindergartengruppe zum Angebot weiterer Kindergartenplätze;**
hier: Erneute Beratung und Beschlussfassung

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Jugend, Sport und Soziales trägt Herr Ausschussvorsitzender Henschke-Meyl vor.

Frau Ausschussvorsitzende Wilhelm trägt die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vor.

Herr Schnappauf geht auf die Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss und die dort durch den Bürgermeister genannten Argumente ein. Er bemängelt, dass das Land dem Konnexitätsprinzip nicht nachkomme und die Kommunen finanziell nicht ausreichend unterstützt. Er möchte keine neue Einrichtung, sondern geprüft haben, ob bestehende Gebäude genutzt werden können.

Herr Fraktionsvorsitzender Gerlach verweist auf den Bericht des Landesrechnungshofes zum Thema Kindergärten und für einen Neubau fehlende

finanzielle Mittel.

Er meint, es gäbe auch andere Träger als die AWO und beide Kirchen.

Dann verweist er auf Probleme der geplanten Ausgaben in Bezug auf den Schutzzschirmvertrag.

Für die SPD regt er an, einen runden Tisch „Kindergartenzukunft“ zu bilden und empfiehlt, die Landesregierung um finanzielle Hilfe zu bitten.

Laut Herrn Konrad Jäger ist die CDU grundsätzlich dafür, dass alle Kinder, die angemeldet werden, einen Betreuungsplatz bekommen.

Dann geht er auf andere Träger, die Nutzung von Dorfgemeinschaftshäusern, leere Schulräume und die mögliche Schließung kleiner Kindergärten ein.

Nach Herrn Fraktionsvorsitzenden Bölling sind die Kindergärten eine sehr wichtige kommunale Aufgabe. Das bedeutet auch, Kindergärten in den Stadtteilen vorzuhalten.

Dann verweist er auf den Rechtsanspruch im Rahmen der Kindergartenplanung. Es müsse etwas geschehe, das jedoch wirtschaftlich vertretbar und eine Dauerlösung sei.

Auch er glaubt, dass ein Runder Tisch helfen könne.

Herr Bürgermeister Dr. Ritz stimmt den Vorrednern in Bezug auf die Hilfe des Landes, da es eine Pflichtaufgabe sei, zu und stellt gleichzeitig fest, dass es eine gute Sache sei, mittlerweile über viele Kinder verfügen zu können.

Man müsse jetzt die Planung neuer Plätze angehen. Eine viergruppige Einrichtung sei optimal.

Freie Träger sollten die Kindergärten betreiben, da diese höhere Zuschüsse bekommen. Wer einen Neubau durchführe, müsse jetzt geprüft werden. Vor allem müsse man umgehend mit der Planung beginnen.

Er unterstützt Herrn Konrad Jägers Meinung, dass keine kleinen Einrichtungen geschlossen werden. Dieses könne auch Nachteile für bestimmte Grundschulen bedeuten.

Herr Gerlach ergänzt, man solle nicht nur einen Anbau, sondern auch den Umbau städtischer Immobilien prüfen. Die Einrichtung könne so konzipiert werden, dass sie später anderweitig genutzt werden kann.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Einrichtung einer Naturnahen Kindertengruppe zum Angebot weiterer Kindergartenplätze nicht weiter zu verfolgen.

Der Magistrat wird beauftragt, baldmöglichst die Planung des Neubaus eines viergruppigen Kindergartens zu erarbeiten. Dabei sollte auch eine Trägerschaft seitens der AWO bzw. beider Kirchen geprüft werden.

Abstimmung: Bei 31 anwesenden Stadtverordneten 31 Ja-Stimmen.

Zu Punkt 6:

Gegenstand: **Fortsetzung der Schulsozialarbeit im Schwalm-Eder-Kreis;**
hier: Beschlussfassung über die weitere städtische Beteiligung und die entsprechende Finanzierung

Frau Ausschussvorsitzende Wilhelm trägt die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vor.

Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Finanzierung der Schulsozialarbeit an den genannten Schulen, mit jährlich 26.328,97 €, fortzusetzen.

Abstimmung: Bei 31 anwesenden Stadtverordneten 31 Ja-Stimmen.

Zu Punkt 7:

Gegenstand: **Aufstellung einer Änderung Nr. 4 zum Flächennutzungsplan der Kreisstadt Homberg (Efze) für den Stadtteil Hülsa zur Ausweisung eines Sondergebietes -Betreutes Wohnen - gem. § 13 a Abs. 2 Nr. 2 BauGB;**
hier: Aufstellungsbeschluss

Die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses trägt Frau Ausschussvorsitzende Wilhelm vor.

Herr Ausschussvorsitzender Höse trägt die Beschlussempfehlung des Bau-, Planungs-, Umwelt- und Energieausschusses vor.

Herr Schnappauf meint, das vorgesehene Gebäude liege für ältere Leute und auch andere Bewohner sehr abgelegen.

Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufstellung einer Änderung Nr. 4 zum Flächennutzungsplan der Kreisstadt Homberg (Efze) für den Stadtteil Hülsa zur Ausweisung eines Sondergebietes – Betreutes Wohnen für Senioren – gemäß § 13a, Abs. 2, Nr. 2 BauGB.

Abstimmung: Bei 31 anwesenden Stadtverordneten 30 Ja-Stimmen und eine Nein-Stimme.

Zu Punkt 8:

Gegenstand: **Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. 5 der Kreisstadt Homberg (Efze) für den Stadtteil Hülsa zur Ausweisung eines Sondergebietes - Betreutes Wohnen- gem. § 13 a BauGB;**
hier: Aufstellungsbeschluss

Frau Ausschussvorsitzende Wilhelm trägt die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vor.

Die Beschlussempfehlung des Bau-, Planungs-, Umwelt- und Energieausschusses trägt Herr Ausschussvorsitzender Höse vor.

Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufstellung eines Bebauungsplanes Nr. 5 der Kreisstadt Homberg (Efze) für den Stadtteil Hülsa zur Ausweisung eines Sondergebietes – Betreutes Wohnen für Senioren – gemäß § 13a BauGB.

Abstimmung: Bei 31 anwesenden Stadtverordneten 30 Ja-Stimmen und eine Nein-Stimme.

Zu Punkt 9:

Gegenstand: **Genehmigung eines Grundstückskaufvertrages im Neubaugebiet Holzhäuser Feld, Flur 33, Flurstücke 21/1 und 17/2**

Die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses trägt Frau Ausschussvorsitzende Wilhelm vor.

Herr Schnappauf teilt mit, er sei über den Grundstückspreis „gestolpert“. Außerdem möchte er wissen, wer das Grundstück kauft.

Herr Bürgermeister Dr. Ritz antwortet, die Gesamtmaßnahme Holzhäuser Feld werde über die Hessische Landgesellschaft abgewickelt. Dann nennt er den Namen des Käufers.

Herr Fröde meint, man dürfe nicht gegen alles sein und bittet um Zustimmung zum Kaufvertrag.

Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss des Grundstückskaufvertrages mit der UR-Nr. 575/2015 des Notars Eckehard Lischka, vom 22.Juli 2015, über zwei Grundstücke im Holzhäuser Feld, Gemarkung Homberg, Flur 33, Flurstück 21/1 und Flurstück 17/2, zum Kaufpreis von 31.314,03 € zu.

Abstimmung: Bei 31 anwesenden Stadtverordneten 30 Ja-Stimmen und eine Enthaltung.

Zu Punkt 10:

Gegenstand: **Genehmigung von Grundstückskaufverträgen im Neubaugebiet Mühlhäuser Feld**
a) Hessentagsring, Flur 31, Flurstück 324/0

Frau Ausschussvorsitzende Wilhelm trägt die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vor.

Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss des Kaufvertrages mit der UR-Nr. 412/2015 des Notars Eckehard Lischka, vom 1. Juni 2015, über ein Grundstück im Mühlhäuser Feld, Gemarkung Homberg, Flur 31, Flurstück 324/0, zum Kaufpreis von 50.639,00 € zu.

Abstimmung: Bei 31 anwesenden Stadtverordneten 31 Ja-Stimmen.

Gegenstand: **b) Hessentagsring, Flur 31, Flurstück 305/0**

Die Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses trägt Frau Ausschussvorsitzende Wilhelm vor.

Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Abschluss des Kaufvertrages mit der UR-Nr. 442/2015 des Notars Eckehard Lischka, vom 9. Juni 2015, über ein Grundstück im Mühlhäuser Feld, Gemarkung Homberg, Flur 31, Flurstück 305/0, zum Kaufpreis von 62.015,00 € zu.

Abstimmung: Bei 31 anwesenden Stadtverordneten 31 Ja-Stimmen.

Zu Punkt 11:

Gegenstand: **Information über die rechtliche Auseinandersetzung zwischen der Stadt Homberg (Efze) und dem Stadtverordneten Delf Schnappauf**

Es handelt sich um das Thema „Verkauf des Gebäudes Freiheiter Straße 26“.

Herr Bürgermeister Dr. Ritz geht auf die Veröffentlichung im Internet-Blog des Herrn Schnappauf dazu ein.

Er stellt fest, dass von den Behauptungen im Blog nichts wahr sei.

An Herrn Schnappauf gerichtet sagt er, er diskutiere gern mit ihm, wünscht jedoch, dass man unter den Sachverhalt einen Schlussstrich ziehe und zukünftig vernünftig miteinander umgehen solle.

Er lädt ihn ein, sein Können für die Stadt einzusetzen.

Zu Punkt 12:

Gegenstand: **Aktueller Sachstand über die städtebauliche Entwicklung des „Areals Ulrich“**

Herr Bürgermeister Dr. Ritz berichtet von den Diskussionen in den Ausschüssen, in der Lenkungsgruppe und in der Bürgerinformation in der Stadthalle.

Dann beschreibt er das Vorhaben wie folgt:

Die Firma REWE werde in das neue Gebäude umsiedeln und sich vergrößern.

Weiterhin werde sich ansiedeln, ein Discounter mit ca. 1.500 m² Verkaufsfläche, eine Drogerie mit 800 m², ein Textilkaufhaus mit 1.400 m², ein Schuhgeschäft mit 500 m² und weitere kleinere Geschäfte. Insgesamt sollen 7.000 m² Verkaufsfläche angeboten werden.

Dann beschreibt er das gesamte Areal, das überbaut werden soll, die geplante Führung des Parkverkehrs sowie den Anlieferungsbereich.

Es wurden bereits Gespräche mit dem Denkmalschutz, dem Einzelhandelsverband und dem Projektentwickler geführt.

Die weitere Planung soll weitergeführt und in der Stadtverordnetenversammlung am 24. September diskutiert werden.

Zu Punkt 13:

Gegenstand: **Sachstandsberichte**

- a) Konversion
- b) Ärztehaus
- c) Jugendzentrum Davidsweg
- d) Klimaschutzkonzept
- e) Interkommunale Zusammenarbeit mit der Gemeinde Frielendorf
- f) Aktuelle Entwicklung im Bereich östlicher Marktplatz

Herr Bürgermeister Dr. Ritz erläutert die jeweilige Tischvorlage kurz.

Zur aktuellen Entwicklung im Bereich östlicher Marktplatz zeigt er einige erklärende Fotos der derzeitigen Situation.

Zu Punkt 14:

Gegenstand: **Anträge**

- a) des Herrn Stadtverordneten Delf Schnappauf vom 28. Mai 2015
betr. Rücknahme der Abwassersatzung vom 29.04.2014 und der
Gebührensatzung für 2014 und 2015

Herr Schnappauf begründet den Antrag.

Herr Groß stimmt dem Antragsziel zu.

Er habe beobachtet, dass sich immer mehr Grundstückseigentümer vom Niederschlagswassersystem abklemmen und die übrigen Bürger dadurch immer stärker belastet werden.

Herr Bürgermeister Dr. Ritz gibt eine Stellungnahme ab, die dem Protokoll beigefügt ist.

Herr Fröde meint, man müsse sich Gedanken über die Verteilung der Abwasserkosten machen, damit sie nicht wieder erhöht werden müssten.

Herr Schnappauf spricht die Trennung von Niederschlags- und Schmutzwasser und die Kostenverteilung an.

Es sei Ziel des Gesetzgebers, dass Oberflächenwasser mehr versickern solle.

Herr Achim Jäger möchte nicht die Abwassergebühren, sondern über das Antragsziel diskutieren.

Wie angekündigt, soll im September eine Informationsveranstaltung zum Thema stattfinden. Er fragt, warum jetzt trotzdem die Gebührenbescheide verschickt wurden.

Er meint, dass die Abwassersatzung überarbeitet werden müsse.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx lässt über die im Antrag genannte Beschlussfassung abstimmen.

Dort wird genannt:

Die Abwassersatzung vom 29.04.2014 ist wegen rechtlicher Mängel zurückzuziehen.

Der Magistrat wird beauftragt, eine neue Abwassersatzung zur nächsten Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Die Berechnung der Abwassergebühren ist transparent und in einer für jeden Bürger nachvollziehbaren Weise vorgelegt werden.

Zur Sicherung der Kostendeckung werden die Abschläge nach der bisherigen Festsetzung unter Vorbehalt eingezogen und am Ende des Abrechnungsjahrs verrechnet.

Abstimmung: Bei 31 anwesenden Stadtverordneten sieben Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und drei Enthaltungen.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Zu Punkt 15:

Gegenstand: **Sachstandsbericht über noch nicht abgearbeitete Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung**

Der Sachstandsbericht ist dem Protokoll beigefügt.

Zu Punkt 16:

Gegenstand: **Informationen**

Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx erinnert daran, dass die Damen und Herren Stadtverordneten der Stadt verpflichtet sind, die Mitgliedschaft oder eine entgeltliche oder ehrenamtliche Tätigkeit in einer Körperschaft, Anstalt, Stiftung, Gesellschaft, Genossenschaft oder in einem Verband einmal jährlich, ihm als Stadtverordnetenvorsteher, anzuzeigen.

Diese Pflicht ergibt sich aus dem § 26 a der Hessischen Gemeindeordnung.

Zu Punkt 17:

Gegenstand: **Anfragen**

a) **der FWG-Fraktion vom 28. Mai 2015**
betr. Status Reformationsstadt Homberg (Efze)

b) **des Herrn Stadtverordneten Delf Schnappauf vom 9. Juli 2015**
betr. Pachteinnahme aus dem Solarpark auf dem ehemaligen Standortübungsplatz

c) **des Herrn Stadtverordneten Delf Schnappauf vom 9. Juli 2015**
betr. Verleumdung durch den Magistrat der Stadt Homberg

Herr Bürgermeister Dr. Ritz nennt die Antworten lediglich auszugsweise.
Der komplette Wortlaut wird dem Protokoll beigefügt.

Zu Punkt 18:

Gegenstand: Anregungen

Herr Konrad Jäger regt an, die Sitzung nicht in Orten durchzuführen, die durch eine Straßensperrung schlecht erreichbar seien.

Am Ende der Sitzung gibt Herr Stadtverordneter Schnappauf eine persönliche Erklärung ab. Diese ist im Wortlaut dem Protokoll beigefügt.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Marx schließt um 21:21 Uhr die Sitzung.

Geschlossen :



Bottenhorn, Protokollführer



Marx, Stadtverordnetenvorsteher

Anlagen:

- Bericht des Stadtbrandinspektors
- Stellungnahme des Bürgermeisters zum Antrag „Rücknahme der Abwassersatzung“
- Sachstandsbericht über noch nicht abgearbeitete Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung
- Beantwortung der Anfragen
- Persönliche Erklärung des Herrn Stadtverordneten Schnappauf